



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: Z 1-77-02-17/002

Nur per E-Mail

Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

Hessischer Städtetag e.V.

Hessischer Landkreistag e.V.

Dst. Nr. 0005  
Bearbeiter/in Herr Link  
Durchwahl (06 11) 353 1533  
Telefax: (06 11) 353 1120  
Email: marc-andre.link@hmdis.hessen.de  
Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht

Datum 6. März 2019

Nachrichtlich

Versorgungskasse für die Beamten der  
Gemeinden und Gemeindeverbände in  
Darmstadt

Kommunalbeamten-Versorgungskasse  
Nassau

KVK BeamtenVersorgungsKasse  
Kurahessen-Waldeck

**Europäische Statistik über Arbeitsunfälle (ESAW) - Übermittlung von  
Dienstunfalldaten an Eurostat  
Information zur Vorbereitung der Umsetzung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieses Schreiben dient in erster Linie dem Zweck, die kommunalen Spitzenverbände hinsichtlich der auf die Kommunen zukommenden Aufgabe zu informieren und ein erstes Verständnis über die künftig (möglicherweise zusätzlich) zu erhebenden Dienstunfalldaten zu erlangen.

Die kommunalen Versorgungskassen erhalten dieses Schreiben zur Kenntnisnahme. Ferner werden die Ressorts parallel informiert.



#### A. Ausgangslage

Deutschland ist seit dem 1. Januar 2014 verpflichtet, entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, Statistikdaten zu Arbeitsunfällen mit mehr als drei Kalendertagen (ohne den Unfalltag) Abwesenheit vom Arbeitsplatz zu liefern. Diese verordnungsrelevanten Statistikdaten sind jährlich sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes als auch für die Kommunal-, Landes- und Bundesbeamtinnen und -beamten zu erheben und spätestens 18 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres bis zum 30. Juni des entsprechenden Jahres an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) zu übermitteln. Ausgenommen sind insbesondere Wegeunfälle sowie Unfälle von Beamtinnen und Beamten, bei denen die Daten der Vertraulichkeit unterliegen (Zolldienst und Grenzschutz, Polizei, Rechtspflege/Justiz, Feuerwehr, öffentliche Sicherheit und Ordnung).

#### B. Bisheriger Verfahrensgang und aktueller Verfahrensstand

Der Bund-und-Länder-Arbeitskreis Versorgung (AKVers) hat sich darauf verständigt, ein Meldeverfahren über die Unfallkassen in den jeweiligen Bundesländern zu entwickeln. Darüber hinaus sind die dafür notwendigen Grundlagen im jeweiligen Landesrecht zu schaffen. Im Ergebnis wurde die eingesetzte Unterarbeitsgruppe „Übermittlung von Dienstunfalldaten an Eurostat“ (UAG AKVers) damit beauftragt, Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung sowie eine Musterverwaltungsvereinbarung mit entsprechenden Details zur geplanten Zusammenarbeit (Auswahl Parameter) zu erarbeiten und weitere Rahmenbedingungen (z.B. technische Umsetzung, Stichprobenverfahren) zu klären.

Die Meldepflicht betrifft Dienstunfalldaten von Beamtinnen und Beamten des Landes, der Gemeinden, der Landkreise und sonstiger der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Ferner wurde sich darauf verständigt, dass die Meldekette der Dienstunfalldaten von den Unfallkassen der Länder über den Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e.V. (DGUV) zum Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) verläuft.

In einem Gespräch zwischen dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und der Unfallkasse Hessen (UKH) erklärte sich die UKH grundsätzlich bereit, die Weiterverarbeitung der von den Dienststellen gemeldeten Daten zu übernehmen, sofern die gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geklärt und umgesetzt werden. Die UKH hat zudem ihr grundsätzliches Einverständnis mit den von der UAG AKVers zusammengestellten und mit der Arbeitsgruppe der Unfallkassen und dem DGUV abgestimmten, meldepflichtigen Parametern (vgl. Anlage 1) und der darauf aufbauenden Dateneingabemaske (vgl. Anlage 2) erklärt.

### C. Umsetzung

Für die Aufgabenwahrnehmung durch die UKH bedarf es einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage. Auf Basis des durch die UAG AKVers zur Verfügung gestellten Muster-Gesetzentwurfs für die Meldung von Dienstunfalldaten an Eurostat hat das Hessische Ministerium des Innern und für Sport federführend den in der Anlage 3 beigefügten und auf die hessischen Verhältnisse angepassten Gesetzentwurf erarbeitet. Dieser ist mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration als zuständige Aufsichtsbehörde abgestimmt. Ebenfalls als Anlage beigefügt ist der durch die UAG AKVers erarbeitete Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung, der Einzelheiten zum Verfahren und der Kostenerstattung regelt (vgl. Anlage 4). Hingewiesen wird insbesondere auf § 5 Abs. 2 des Entwurfs, der die Möglichkeit vorsieht. Sofern ein Versorgungsverband für einen anderen Dienstherrn die Anerkennung von Dienstunfällen übernimmt, kann der Beitritt zum Meldeverfahren nur durch den Versorgungsverband erklärt werden.

Aufgrund dessen, dass die rechtliche Umsetzung zeitnah erfolgen muss, wären wir bereits zum jetzigen Zeitpunkt für eine Stellungnahme zu den vorgenannten Entwürfen des Gesetzes und der Verwaltungsvereinbarung (insbesondere auch zu § 5 des Entwurfs der Verwaltungsvereinbarung) im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens bis spätestens zum 12. April 2019 dankbar.

Die umfassende Berichtspflicht bzgl. der Dienstunfalldaten besteht erst ab dem Jahr 2017, so dass die erste Meldung für das Jahr 2017 spätestens mit Ablauf des Monats Juni 2019 zu erfolgen hat. Das bedeutet, dass die Daten für die Berichtsjahre 2017 und

2018 grundsätzlich nach zu erfassen sind. Derzeit noch in Klärung befindet sich die Frage, wie dies mit vertretbarem Aufwand umgesetzt werden kann. Bis hier eine abschließende Entscheidung getroffen wird, wird empfohlen, die Daten für die Berichtsjahre 2017 und 2018 bereits zusammenzutragen und aufzubereiten, um sie dann zu gegebener Zeit ohne größere Verzögerung an die UKH übermitteln zu können.

Die UKH wird unabhängig davon intern damit beginnen, die IT-seitige Lösung zur Weiterverarbeitung der von den Dienststellen gemeldeten Daten zu erarbeiten. Im Zuge der Implementierung sind einzelne Tests der Anwendung zur Datenerfassung und Übermittlung der Daten an die UKH geplant, bevor das Meldeverfahren im Sommer 2019 zur einheitlichen und verpflichtenden Verwendung freigegeben wird.

Die einzelnen Aspekte der Finanzierung sind noch nicht abschließend geklärt, wobei jedoch insgesamt Einigkeit darüber besteht, dass es sich nicht um entscheidende Beträge handeln wird.

Über die weiteren Schritte und Verfahrensabläufe werden Sie weiter regelmäßig informiert.

Darüber hinaus stehen wir Ihnen gerne für ein Informationsgespräch zur Verfügung, sofern Sie hierfür Bedarf sehen. In diesem Fall geben Sie uns bitte Bescheid.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Hefner)

Anlagen